Union streitet weiter um Islamgesetz

18. Juli 2017

Berlin (KNA) Die Union streitet weiter über die Notwendigkeit eines Islamgesetzes.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Carsten Linnemann (CDU), sagte dem Magazin „Spiegel“, die Ideen, die hinter der Forderung nach einem Islamgesetz stünden, seien richtig. „Sie sollten auch im Wahlkampf angesprochen werden.“ „Wir brauchen in Deutschland ausgebildete Imame und eine Übersicht über die Aktivitäten der Moscheen in Deutschland“, fügte Linnemann hinzu.

Er widersprach damit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet (CDU). Der hatte zuvor erklärt, mit Debatten über Islamgesetze verschrecke die Union bürgerliche, christlich engagierte Menschen. Unterstützung erhielt Laschet laut Magazin vom thüringischen Fraktionschef Mike Mohring. „Wir haben ein ausgezeichnetes Programm, mit dem wir in die Wahlauseinandersetzung ziehen können“, sagte der Landespolitiker. „Themen wie ein Islamgesetz brauchen wir dafür zuvörderst nicht.“

(KNA – rkrlp-89-00012)

Stand: 13. November 2026